

Exporteuropameister Deutschland und die Krise

Michael Dauderstädt und Ernst Hillebrand¹

Deutschlands Aufschwung in den letzten Jahren wurde hauptsächlich durch das Exportwachstum getrieben. Bei genauerem Hinsehen zeigt sich jedoch, dass der Export-Weltmeister vor allem ein Export-Europameister ist. Nicht nur gehen die meisten Exporte in die Nachbarländer und Mitgliedsstaaten der Europäischen Union, sondern auch der Außenhandelsüberschuss entsteht zu etwa 80% gegenüber diesen Ländern. Die seit 2003 angehäuften Überschüsse im Warenhandel belaufen sich auf beeindruckende 833,9 Milliarden Euro (vgl. Tabelle 1). Selbst nach Berücksichtigung der Defizite bei Dienstleistungen (Tourismus) und sonstigen Zahlungen bleibt noch ein Leistungsbilanzüberschuss von fast 600 Milliarden Euro gegenüber den europäischen Partnern.

Diese extrem hohen Überschüsse im Handel mit unseren europäischen Partnern sind in doppelter Hinsicht problematisch: Im Handel mit den neuen EU-Mitgliedsstaaten führen sie zu gefährlichen Strukturverzerrungen und krisenverstärkenden Ungleichgewichten. Im Handel mit den Ländern der EU-15 führen sie zu negativen Arbeitsplatz- und Lohneffekten bei unseren wichtigsten Handels- und Bündnispartnern.

Handel mit EU-15 und innerhalb der Eurozone

90% des europäischen Handelsüberschusses Deutschlands entstehen im Handel mit den anderen Staaten der alten EU. In den letzten sechs Jahren hat Deutsch-

Auf einen Blick

Deutschlands Exportmanie schadet der Binnennachfrage, schwächt die Exportfähigkeit der EU-Partner, verschärft die Ungleichheit und ist eine der Wurzeln der europäischen Schuldenkrise. Hunderte von Milliarden aufgehäufter deutscher Überschüsse und entsprechender Defizite der EU-Partner müssen ins Gleichgewicht gebracht werden, um den Wachstumsprozess in Europa wieder in Schwung zu bringen. Dazu müssen Deutschland und die EU ihre traditionellen Wachstumsmodelle überprüfen.

Tabelle 1: Außenhandelsüberschuss Deutschlands (in Mrd. €)

Gegenüber Land	2003	2004	2005	2006	2007	2008	Summe 2003–2008
Frankreich	20,48	22,83	25,34	22,90	28,79	30,15	150,49
Niederlande	-0,08	0,53	-2,79	-4,22	1,00	-6,44	-12,01
Italien	14,16	15,80	17,51	17,88	19,81	18,04	103,19
Vereinigtes Königreich	23,89	25,52	21,32	23,89	27,79	22,53	144,95
Irland	-9,86	-10,46	-10,20	-10,93	-11,18	-10,98	-63,61
Dänemark	1,79	1,69	2,36	3,76	4,45	4,24	18,28
Griechenland	4,00	4,68	4,70	5,28	5,83	6,32	30,81
Portugal	1,42	2,19	3,32	3,28	4,28	4,02	18,52
Spanien	15,85	18,82	21,95	21,94	26,94	22,07	127,58
Schweden	4,74	5,53	5,93	5,89	7,51	6,47	36,07
Finnland	0,32	1,20	0,30	0,84	2,00	1,78	6,44
Österreich	14,40	16,22	17,26	19,21	20,72	20,69	108,51
Belgien	11,16	13,78	14,76	13,34	14,44	11,86	79,34
Luxemburg	1,12	1,39	1,32	1,54	1,50	1,55	8,43
Europa 15	103,37	119,72	123,07	124,62	153,90	132,31	756,99
Estland	0,21	0,34	0,65	0,95	1,16	1,18	4,50
Lettland	0,45	0,44	0,53	0,86	1,25	0,92	4,45
Litauen	0,85	0,74	0,80	1,22	1,23	1,16	6,01
Polen	0,47	2,80	5,58	7,79	12,14	13,92	42,71
Tschechische Republik	-0,75	1,27	1,48	0,63	0,23	-0,53	2,33
Slowakei	-2,15	-1,84	-0,92	0,26	-0,47	0,03	-5,09
Ungarn	-0,44	-0,60	-0,56	0,33	-0,01	-0,14	-1,42
Slowenien	-0,02	0,30	0,47	0,40	0,56	0,58	2,29
Rumänien	0,85	1,24	1,83	2,86	3,03	3,97	13,78
Bulgarien	0,46	0,59	0,77	0,79	0,98	1,27	4,86
Malta	0,02	0,17	0,09	0,02	-0,16	-0,32	-0,18
Zypern	0,29	0,34	0,78	0,39	0,30	0,56	2,67
Neue Mitgliedsstaaten	0,24	5,80	11,51	16,52	20,25	22,59	76,90
EU-27	103,61	125,52	134,58	141,13	174,15	154,90	833,90

Quelle: Stat. Bundesamt

land in diesen Ländern um 757 Mrd. Euro weniger Waren eingekauft als diese bei uns. Dieses „Importdefizit“ Deutschlands markiert ein wirtschaftspolitisches Problem für den Rest des Kontinents. Deutschland hat in den letzten Jahren eine offensive Politik der Wettbewerbsstärkung verfolgt. Ein zentrales Element stellte dabei die Stagnation der Reallöhne dar. Diese Politik führte direkt und indirekt zu einer Dämpfung der Binnennachfrage: der Nachfrage der privaten Haushalte durch eine europaweit einzigartige Lohnstagnation und der öffentlichen Nachfrage durch eine Politik der Haushaltskonsolidierung. Die sozialen Begleiterscheinungen dieser Politik sind bekannt: Deutschland hat in den letzten Jahren mit die stärkste Zunahme sozialer Ungleichheit unter allen OECD-Ländern gekannt.² Aber auch in wirtschafts- und europapolitischer Hinsicht erscheint diese Entwicklung zunehmend proble-

matisch. Kann es sich Deutschland als größte Volkswirtschaft der Europäischen Union wirklich auf Dauer leisten, eine derartig unausgewogene Handels- und Leistungsbilanz gegenüber seinen EU-Partnern zu präsentieren? Jedes Jahr legen die europäischen Nachbarn ein Konjunkturprogramm von 100–130 Mrd. Euro für die deutsche Volkswirtschaft auf, während die privaten und öffentlichen Haushalte des Exportweltmeisters den Gürtel enger schnallen statt zu konsumieren und zu importieren. Aus dem Ausland betrachtet präsentiert sich Deutschland zunehmend als ein Land, das eine auf Lohnzurückhaltung basierende industrielle „Beggary-neighbour“-Politik betreibt. Unter dieser Politik leidet die Wettbewerbsfähigkeit der anderen Länder – zumal derjenigen, die durch die Euro-Einführung mit der Abwertung ein traditionelles Anpassungsinstrument verloren haben: „Frankreichs Konkurrenz-

fähigkeit“, schreibt etwa der dem Rat der Wirtschaftsweisen vergleichbare *Conseil d'Analyses Economiques* in einer Analyse der sich verschlechternden französischen Handelsbilanz, „hängt stark von Entscheidungen ab, die auf der anderen Rheinseite gefällt werden“.³

Die neuen Mitgliedsländer: Durch Ungleichgewichte in die Krise

Das Wachstum der europäischen und Weltwirtschaft in den letzten Jahren lebte davon, dass die einen Länder bereit waren, sich zu verschulden, und die anderen, ihre Überschüsse über die globalen Finanzmärkte dorthin zu verleihen. Einige konsumieren und investieren deutlich weniger als sie produzieren, während andere über ihre Verhältnisse leben. Kurzfristig haben beide Seiten dabei profitiert. Aber der Nutzen war ungleich verteilt.

In Deutschland sind im Zuge steigender Exporterträge wegen der stagnierenden Reallöhne vor allem die Gewinn- und Spitzeneinkommen gestiegen. Die Nutznießer haben in erster Linie Geldvermögen angehäuft, das naturgemäß zu großen Teilen in Forderungen gegenüber ausländischen Schuldnern besteht. Auf der anderen Seite haben diese Schuldner, viele davon in den ärmeren Peripherieländern der EU, darauf vertraut, dass sich die Wachstumsprozesse weiter fortsetzen. In der Tat hatten viele ärmere EU-Länder beeindruckende Wachstumserfolge (in einem Mix von realem Wachstum, Inflation und Aufwertung) aufzuweisen: Rumänien konnte sein Bruttoinlandsprodukt (BIP) seit 1999 nominal mehr als vervierfachen, die baltischen Länder verdreifachen, während Deutschland dagegen gerade mal 24% zulegte (vgl. Tabelle 2). Oft ging dieser Aufholprozess mit einem Bauboom und steigenden Immobilienpreisen einher. Europäische Banken, die in den neuen Mitgliedsstaaten Mittel- und Osteuropas oft Töchter von Finanzinstitutionen der alten Mitgliedsstaaten (Skandinavien, Österreich) waren, haben diese Expansion finanziert.

Ob die großen Ungleichgewichte im Außenhandel dieser Länder nun eher durch die Kreditexpansion und die entsprechend hohe Nachfrage oder durch die niedrigen deutschen Löhne und den entsprechenden Wettbewerbsdruck ausgelöst wurden, ist schwer abzuschätzen. Im Ergebnis haben sich schon allein durch die deutschen Überschüsse im Handel mit diesen Ländern teilweise beachtliche Schulden angehäuft. Bei den baltischen Ländern machen die seit 2003 aufge-

laufenen Handelsdefizite gegenüber Deutschland zwischen einem Viertel und einem Fünftel des BIP aus. Das ist etwa die Höhe des Finanzierungsbedarfs, den der *Economist* für diese Länder errechnet hat.⁴ Mit der Finanzmarktkrise haben die Gläubiger nun das Vertrauen in die Schuldner verloren. Das schuldenfinanzierte Wachstum bricht ein und mit ihm die deutsche Exportkonjunktur.

Die Lehren für Deutschland

Deutschland hat unter der oben beschriebenen Entwicklung mehrfach zu leiden: Die Beschäftigten haben geringe Reallohnzuwächse hinnehmen müssen. Die Sparer müssen um den Wert ihrer Anlagen fürchten, wenn Aktienkurse einbrechen und Finanzinstitutionen oder Unternehmen insolvent werden. Eine hypertrophe Exportwirtschaft muss sich auf eine massive Absatzkrise mit Risiken für Beschäftigung und Erträge einstellen. Für den merkantilistischen Erfolg der letzten Jahre zahlen nun fast alle einen hohen Preis.

Tabelle 2: **Wachstum des nominalen Bruttoinlandsprodukts (BIP)**

Land	Nominale BIP-Zunahme zwischen 1999 und 2008 (1999 = 100)	Durchschnittl. jährliche nominale Wachstumsrate (in %)
EU (27 Länder)	145	4,2
EU (15 Länder)	141	3,8
Eurozone	147	4,3
Deutschland	124	2,4
Bulgarien	280	12,0
Tschechische Republik	270	11,6
Estland	297	12,7
Irland	206	8,2
Griechenland	184	6,9
Spanien	189	7,2
Lettland	339	14,4
Litauen	315	13,5
Ungarn	233	9,8
Polen	229	9,5
Portugal	145	4,2
Rumänien	417	17,0
Slowenien	181	6,8
Slowakei	338	14,3

Quelle: Eurostat; eigene Berechnungen

Langfristig sollte Deutschland versuchen, wieder eine stärkere Binnenorientierung seines Wachstums anzustreben. Die Exportquote, also der Anteil der Exporte am BIP, hat sich in den letzten 15 Jahren fast verdoppelt (1993 noch knapp über 20%; 2008 über 40%). Noch bedenklicher ist der hohe Überschuss. Um ihn zu verringern, wäre es sinnvoll, die Lohnentwicklung wieder an den höheren europäischen Trend anzukoppeln. Der Versuch, durch Lohnzurückhaltung eine reale Abwertung trotz einheitlicher Währung durchzuführen, schädigt die Nachbarn und blockiert die Entwicklung von binnenmarkt-orientierten Wirtschaftszweigen in Deutschland, vor allem im Dienstleistungssektor. „China’s leaders, in particular, need to understand that export-led growth no longer works for them or the world“ schrieb die *New York Times* vor kurzem. Bei allen Unterschieden zwischen den beiden Fällen: Man könnte „China“ durch „Germany“ ersetzen, ohne dass der Satz falsch würde.⁵

Ein anderes europäisches Wachstumsmodell

Aber nicht nur Deutschland hat Korrekturen vorzunehmen. Die Krise der letzten Zeit hat die Schwächen des europäischen Wachstumsmodells insgesamt sichtbar gemacht. Realwirtschaftlich sah das europäische Wachstum der letzten Jahre erfreulich aus. Nicht nur war die Wachstumsrate der EU endlich wieder mit den USA vergleichbar, sondern auch die regionale Verteilung zugunsten der ärmeren Länder deutete auf eine bessere Kohäsion und Einkommenskonvergenz hin. Die Tatsache, dass die armen Länder dabei Leistungsbilanzdefizite aufweisen und sich bei den reichen Ländern verschulden (oder von ihnen etwa über die Strukturfonds der EU unterstützt werden), entspricht dabei den klassischen Erwartungen der Entwicklungstheorie.⁶ Aber diese positive realwirtschaftliche Entwicklung wurde durch Ungleichgewichte und eine nicht tragfähige Verschuldung erkaufte, deren Korrektur in der

Krise nun auch die bisherigen Wachstumserfolge wieder vernichtet.

Eine nachhaltigere europäische Wachstums- politik muss einerseits die realen Wachstums- kräfte fördern, andererseits eine stabile Finanzierung sichern. Dazu dürfen die Einnahmen und Ausgaben der wichtigsten Akteursgruppen (Haus- halte, Unternehmen, Staaten in den beteiligten Ländern) nicht zu lang und zu weit auseinander klaffen. Die naturgemäß auftretenden Lücken müssen solide finanziert, aber letztlich dadurch geschlossen werden, dass sich die Einnahme- situation der Schuldner dadurch verbessert, dass die Gläubiger wieder mehr ausgeben – entweder durch Kauf größerer Mengen oder durch Hin- nahme höherer Preise.

Diese Prozesse politisch zu steuern ist nach Jahrzehnten der globalisierten Deregulierung und negativen Marktintegration in der EU schwieriger geworden. Die Lohn-, Fiskal- und Geldpolitik müssen dazu stärker abgestimmt werden. Innerhalb der EU fällt die Geldpolitik weitgehend für die Steuerung aus, da sie für die Eurozone einheitlich ist und selbst viele Mit- gliedsstaaten, die nicht den Euro übernommen haben, ihre Währungen an den Euro gebunden und ihre Geldpolitik an der EZB orientiert haben. Deshalb sollten Überschussländer vor allem höhere Lohnzuwächse und eine expansive Fiskalpolitik anstreben. Wahrscheinlich reichen diese Politiken – die schon nicht einfach zu ko- ordinieren sein werden – nicht aus, um die Krise zu überwinden und künftigen Ungleichgewich- ten vorzubeugen. Es bedarf angesichts der Tatsa- che, dass die EZB ihren Zinssatz nicht differen- zieren kann, einer europäischen Kreditpolitik, die die Kapitalversorgung in der EU steuert. Dazu könnten auch EU-Anleihen dienen, um die bis- herigen Strukturfonds und EIB-Kredite zu ergän- zen. Das bisherige Volumen der politisch regu- lierten Finanzströme in der EU (im Kern nur der EU-Haushalt mit etwa 1% des EU-BIP) ist zu ge- ring, um Ungleichgewichte aufzufangen.

- 1 Dr. Michael Dauderstadt ist Leiter der Abteilung Wirtschafts- und Sozialpolitik der Friedrich-Ebert-Stiftung, Bonn; Dr. Ernst Hillebrand ist Leiter des Büros der Friedrich-Ebert-Stiftung in Paris.
- 2 OECD „Growing Unequal? – Income Distribution and Poverty in OECD Countries“, Paris 2008: oecd.org/els/social/inequality.
- 3 Lionel Fontagne, Guillaume Gaulier „Performances à l’exportation de la France et de l’Allemagne“ (CAE n.81), Conseil d’analyse économique (CAE), Paris 2008.
- 4 Economist v. 28.2.2009, S. 27.
- 5 Mr. Obama’s trade agenda, NYT v. 11.3.2009.
- 6 Chinas Überschuss- und Amerikas Defizitposition sind dagegen eher ungewöhnlich und repräsentieren einen heterodoxen Entwicklungspfad, den nur wenige andere aufholende Länder, wie z.B. Westdeutschland oder Japan, nach 1945 verfolgt haben. China hat aus der Asien-krise die Lehre gezogen, sein Wachstum nicht durch zu große Abhängigkeit von externer Finanzierung zu gefährden. Nun muss es die bittere Erfahrung machen, dass die Abhängigkeit von externer Nachfrage ähnlich verwundbar macht. Vgl. auch Adalbert Winkler „Globale Ungleichgewichte, Wechselkursregime und Finanzkrise“, in: Wirtschaftsdienst Band 88 (2008), Heft 11, S.723–731.